

# *Liberaler Demokraten – die Sozialliberalen - LD*

Beschluss des 33. Bundesparteitages vom 4. Dezember 2004 in Freiburg i.Br.

## Lage der Bundesrepublik Deutschland : Hartz IV, Gesundheitsreform , Armut

Die Liberalen Demokraten - die Sozialliberalen nehmen mit großer Sorge die gesellschaftliche Lage in Deutschland zur Kenntnis.

(1) Sie verweisen auf die Lage der Arbeitsuchenden und erinnern die Bundesregierung, vor allem Kanzler Gerhard Schröder (SPD), an das Wahlversprechen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Zahl der arbeitslosen Menschen entschieden zu senken.

(2) Sie stellen fest, dass die Bundesregierung ihr Ziel, die Arbeitslosigkeit zu senken, verfehlt hat.

(3) Sie beobachten stattdessen mit großer Sorge, dass die geringeren Zuwendungen und die Steigerungen der Belastungen unter anderem im Energie- sowie im Gesundheitsbereich als auch durch Hartz IV zur Senkung des Einkommens unter das Existenzminimum führen können.

(4) Sie ermahnen die Bundesregierung, die Kritik an Hartz IV und dessen Folgen (z.B. Umzugswelle) wie sie von führenden Experten wie dem Direktor des Deutschen Mieterbundes, Franz Georg Rips am 11. Oktober in der „Freien Presse“ geäußert wurde, ernst zu nehmen.

(5) Sie begrüßen das Positionspapier des Aachener Friedenspreises e.V. vom 1. Dezember 2004 „*Armut vermeiden heißt Frieden schaffen*“ und fügen es mit seinen Erläuterungen als Bestandteil dieses Beschlusses bei.

(6) Sie wenden sich gegen Forderungen innerhalb der CDU nach:

- Einführung von bundesweiten Studiengebühren
- Einschränkung des Kündigungsschutzes; der Tarifautonomie durch
- betriebliche Regelungen sowie des Rechtsanspruchs auf Teilzeit
- Kopfpauschale in der gesetzlichen Krankenversicherung
- Ausweitung der Minijobs auf 600 Euro
- Ausbau und Förderung des Niedriglohnsektors
- Leistungskürzungen für Erwerbslose und Sozialhilfebeziehende
- weitere Absenkung des Spitzensteuersatzes

(7) Die Liberalen Demokraten - die Sozialliberalen fordern die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien auf, die Verpflichtung zum Sozialstaat gemäß Grundgesetz (GG) nicht zu beeinträchtigen.

So sehen die LD in **Hartz IV einen Verstoß gegen das Grundgesetz**, insbesondere gegen:

Art 1 (Menschenwürde, Grundrechtsbindung der staatlichen Gewalt),

Art 2 (Handlungsfreiheit, Freiheit der Person ),

Art. 3 (Gleichheit vor dem Gesetz),

Art. 6 (Ehe und Familie),

Art. 12 (Berufsfreiheit, Verbot der Zwangsarbeit),

Art. 14 (Eigentum, Erbrecht, Enteignung),

Art. 20 (Grundlagen staatlicher Ordnung, Widerstandsrecht) und

Art. 28 (Bundesgarantie für die Landesverfassungen, Gewährleistung der kommunalen Selbstverwaltung).

---

## Anhang

# Armut vermeiden heißt Frieden schaffen

Positionspapier des Aachener Friedenspreises e.V. vom 1. Dezember 2004

## THESEN

### *1. Gefährdung des inneren und äußeren Friedens*

Wir sehen in der aktuellen nationalen und internationalen Politik erhebliche Gefährdungen für den inneren und zwischenstaatlichen Frieden. Die von Sozialabbau und Umverteilung zu Lasten der Schwachen, von Militarisation und Neoliberalismus, von Dominanzstreben und Interventionismus, von Ausbeutung und Diskriminierung geprägte Grundhaltung beschleunigt die Spaltung in Arm und Reich und schafft unabsehbare Konfliktpotentiale bis hin zur Gewalt. Dazu müssen wir Position beziehen.

### *2. Gesetze gegen die Arbeitslosen*

Agenda 2010 und Hartz-Gesetze sind zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ungeeignet; ihr Instrumentarium schafft keine neuen Arbeitsplätze für die Betroffenen. Wer Menschen nach einjähriger Arbeitslosigkeit auf das Existenzminimum drückt, bekämpft die Arbeitslosen, nicht die Arbeitslosigkeit.

### *3. Zumutung für Betroffene – Beschneidung von Grundrechten*

Die Neuregelungen mit Arbeitszwang bei Androhung von Leistungskürzung, Ausbeutung durch Niedriglohn-Jobs, Einsatz ohne Beachtung der fachlichen Eignung, Verdrängung vorhandener Arbeitsverhältnisse und staatlicher Verfügung über das Vermögen der Betroffenen sind eine Zumutung für all jene, die nach langem Berufsleben arbeitslos werden. So werden Arbeitslose in eine soziale Abstiegs spirale getrieben. Die breite Erfassung sensibler persönlicher Daten und der leichtfertige Umgang damit beschneiden die Grundrechte auf informationelle Selbstbestimmung und auf Unverletzlichkeit der Wohnung.

#### *4. Vollzug von Wirtschaftsinteressen*

Die Bundesregierung beweist mit ihrem Handeln, dass sie ihre Sozialpolitik dem Ziel unterordnet, Deutschland in eine politische, militärische und wirtschaftliche Führungsposition zu bringen. Sie folgt den Interessen der Wirtschaftsverbände und Unternehmen, die den auf die Arbeitslosen ausgeübten Druck aufgreifen und auf alle Beschäftigten auszuweiten.

#### *5. EU-Verfassung militaristisch, neoliberal und unsozial*

Der EU-Verfassungsentwurf dokumentiert eine erschreckende militaristische Ausrichtung und den Anspruch auf eine weltweite Führungsrolle. Seine wirtschaftspolitischen Aussagen sind eindeutig von neoliberalen Maßstäben geprägt. Ein Bekenntnis zum Sozialstaat und zur Sozialpflichtigkeit des Eigentums, wie im deutschen Grundgesetz, kennt die EU-Verfassung nicht.

#### *6. Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Fehlentscheidungen*

Die Maßnahmen zulasten der wirtschaftlich Schwachen sind kontraproduktiv. Einkommenskürzungen bei Langzeitarbeitslosen führen unmittelbar zu Kaufkrafteinbußen und schwächen zusätzlich die Nachfrage und Beschäftigungslage auf dem Binnenmarkt. Daher müssen die Instrumente der Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik nachfrage- und beschäftigungsorientiert gestaltet werden.

#### *7. Der Staat wurde bewusst arm gemacht*

Die Haushaltslage des Bundes stellt keine legitime Begründung für den Sozialabbau dar, da der Staat durch Gesetze dieser und der vorhergehenden Regierung (vor allem Abschaffung und Senkung von Steuern bei Unternehmen und Reichen) bewusst arm gemacht wurde. Zudem werden die Prioritäten bei der Verteilung der Finanzmittel allein von den Regierenden gesetzt. Für politisch gewollte Projekte sind stets die nötigen Haushaltsmittel bereitgestellt worden.

#### *8. Umdenken ist dringend notwendig*

Notwendig ist eine weitgehende Umstellung der politischen Denk- und Handlungsansätze. Schwerpunkt und unabdingbare Voraussetzung aller Maßnahmen müssen die Schaffung und der Erhalt von regulären Arbeitsplätzen sein, deren Bezahlung für ein menschenwürdiges Leben ausreicht.

#### *9. Aufruf zu Solidarität und Widerstand*

Der Protest gegen den Sozialabbau darf nicht den Betroffenen allein überlassen werden. Wir alle dürfen nicht tatenlos zusehen, wenn die soziale Marktwirtschaft mit ihren sozialen Sicherungssystemen demontiert wird. Wem soziale Gerechtigkeit noch etwas gilt und wer deren Bedeutung für den inneren und äußeren Frieden erkennt, ist aufgerufen, Solidarität mit den Schwachen zu beweisen, sich dem Widerstand anzuschließen und sich für menschenwürdige Lösungen einzusetzen.

## **ERLÄUTERUNGEN**

### **1. Ausgangslage**

[1] Der Aachener Friedenspreis sieht in der aktuellen nationalen und internationalen Politik des Sozialabbaus erhebliche Gefährdungen für den inneren und den zwischenstaatlichen Frieden. Nur in einer gerecht gestalteten Weltwirtschaft, die allen Gesellschaften faire Chancen auf eine eigenständige und erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung eröffnet und ihrer Bevölkerung ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, kann weltweit ein friedliches Miteinander erreicht werden. Nur mit einer gerechten Finanz-, Steuer-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik kann ein friedliches Miteinander der Menschen in Deutschland gewährleistet werden.

[2] Die seit Jahren immer deutlicher erkennbare politische Entwicklung in Deutschland, bei den wirtschaftlich Schwachen zu sparen und zu kürzen und gleichzeitig Spitzenverdienende und Konzerne zu entlasten, wird seitens der politisch Handelnden mit dem Ziel gerechtfertigt, die deutsche Volkswirtschaft und ihre Unternehmen an die Spitze der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu bringen. Es wird behauptet, diese „Reformen“ seien alternativlos und überlebensnotwendig. Dabei ist es der Regierung gelungen, Wirtschaftsverbände, CDU und FDP, etliche Medien und eine Reihe von Personen aus der Wissenschaft zur Unterstützung dieser Argumentation und Vorgehensweise zu gewinnen.

[3] Versprochen wird, dass die deutsche Wirtschaft mittelfristig wettbewerbs- und zukunftsfähiger würde und dass sich Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum einstellen würden. Solche leeren Versprechungen der Politik kennen wir hinreichend aus der Vergangenheit, sie haben sich stets als unwahr herausgestellt. Die hinter den Gesetzen stehende Umverteilungsideologie von unten nach oben ist indes keineswegs alternativlos. Sie ist sozial- und wirtschaftspolitisch abzulehnen und schafft Konfliktpotentiale in unserer Gesellschaft, deren Ausbruch unabsehbare Folgen haben kann. Sie beschleunigt die ohnehin wachsende Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich und fördert bei den Benachteiligten Resignation, Apathie und Defätismus.

[4] Mit der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen entzieht sich der Staat seiner sozialen Verantwortung für die vom Arbeitsplatzabbau Betroffenen. Wer sogar Menschen, die jahrzehntelang ihren Beitrag im Arbeits- und Wirtschaftsleben geleistet und ordnungsgemäß ihre Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt haben, nach einjähriger Arbeitslosigkeit auf das Existenzminimum drückt, bekämpft die Arbeitslosen, nicht die Arbeitslosigkeit. Diese Angriffe auf den Kern der Solidargemeinschaft zeigen, dass entscheidende Vorgaben unserer Verfassung wie das Sozialstaatsprinzip und die Sozialpflichtigkeit des Eigentums<sup>1)</sup> rigoros ausgehöhlt werden.

[5] Protestaktionen gegen eine solche Politik werden geradezu herausgefordert und sind auch notwendig. Die rapide zunehmende Politikverdrossenheit und Wahlverweigerung sowie der wachsende Zuspruch für populistische Parolen und rechtsextremes Gedankengut ist auch Folge der neuen sozialen Ungerechtigkeit. Die Erfahrungen mit der Weltwirtschaftskrise und dem Aufstieg des Nationalsozialismus sollten jedem zu denken geben. Der soziale Friede, noch vor wenigen Jahren übereinstimmend als positiver Standortfaktor bewertet, wird aufs Spiel gesetzt.

[6] Wirtschaftliche Not ist zudem ein Nährboden dafür, seine Existenz auf illegale Art und Weise zu sichern (die Bandbreite reicht von Schwarzarbeit bis zur Schwerekriminalität). Folgen sind dann unabsehbare volkswirtschaftliche Schäden und erhöhte Aufwendungen für Justiz und Sicherheit. Als Konsequenz daraus sind die Ausweitung staatlich-repressiver Machtbefugnisse und der Ausbau des Überwachungsstaates zu befürchten.

## **2. Maßnahmen**

[7] Regelungen wie die Hartz-Gesetze - zutreffend wäre der Begriff „Gegenreformen“, weil es sich um eine rückwärtsgewandte Politik handelt - sind kein geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Verringerung der Bezugsdauer von Arbeitslosenunterstützung, die Kürzungen beim Arbeitslosengeld, die Senkung der Zumutbarkeitsgrenzen bei der Annahme neuer Arbeitsplätze schaffen keinen einzigen neuen Arbeitsplatz. Die offizielle Bezeichnung dieser Maßnahmen als „Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ kann insofern nur als Verhöhnung der Arbeitslosen gewertet werden.

[8] Angesichts der Tatsache, dass laut Statistik rund 4,5 Mio., tatsächlich aber eher 7 bis 8 Millionen Menschen in Deutschland arbeitslos sind, sind Hinweise auf die im Verhältnis dazu verschwindend geringe Zahl von vielleicht 400.000 unbesetzten Stellen und auf eine

Drückebergerhaltung einiger Arbeitsloser kein Rechtfertigungsgrund für das beabsichtigte Vorgehen gegen sogenannte Langzeitarbeitslose. Wenige „schwarze Schafe“ dürfen nicht zum Maßstab politischen Handelns werden, Missbrauch muss auf andere Art bekämpft werden. Gesetzesverstöße und Erschleichung von Leistungen sind zudem kein spezielles Merkmal von Arbeitslosen und Sozialhilfebeziehenden. So beläuft sich der Missbrauch beim Bezug von Sozialhilfe nach Schätzungen der Caritas auf 0,12 Mrd. €/a, bei Steuer-hinterziehungen jedoch auf rund 65 Mrd. €/a.

[9] Die regierungsamtliche Aussage, die Hartz-IV-Regelungen seien zur Wiedereingliederung der Langzeitarbeitslosen notwendig, ist eine Diffamierung jener vielen Menschen, die nach jahrzehntelangem Berufsleben in die Arbeitslosigkeit geschickt wurden und die verzweifelt nach einer neuen Stellung suchen. Die Pflicht zur Annahme jedes Stellenangebots, auch wenn es weder tarifgemäß bezahlt wird noch den ortsüblichen Löhnen entspricht, treibt Langzeitarbeitslose in eine Abwärtsspirale aus Arbeitslosigkeit, Dequalifizierung und sozialem Abstieg. „Unterwertige“ Arbeit, die früher allseits verpönt war, wird damit zum offiziellen Instrument gemacht.

[10] Daher sind auch die zusätzlichen Arbeitsplätze, die künftig den Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II für 1 bis 2 € je Stunde auferlegt werden, kein wirksamer Ansatz zur Minderung der Arbeitslosigkeit. Die Entwicklung wird in Kürze zeigen, dass die schon vielfach erhobene Kritik an folgenden Punkten gerechtfertigt ist: Arbeitszwang durch Androhung von Leistungskürzung, Ausbeutung durch Niedriglohn-Jobs, Einsatz ohne Beachtung der fachlichen Eignung, Verdrängung und Einsparung vorhandener Arbeitsverhältnisse des Ersten Arbeitsmarktes - überwiegend bei Geringqualifizierten.

[11] Eindeutige Ablehnung verdienen auch die Bedingungen zur Ermittlung der wirtschaftlichen Lage der Betroffenen. Der sechzehnteilige Fragebogen und die Kontrollen vor Ort sind ein schamloser Einbruch in die Privatsphäre der Arbeitslosen. Hochsensible Daten werden erhoben und auch unbefugten Stellen zugänglich gemacht. Einzeldaten über Angehörige, Vermieterinnen und Vermieter, Untermieterinnen und -mieter oder Mitglieder von Wohngemeinschaften werden abgefragt. Ein Abgleich dieser Daten mit Finanzämtern, Rentenversicherern und Banken ist zulässig und vorgesehen. Wir sehen hier Verstöße gegen das Sozialdatenschutzgesetz und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung.<sup>2)</sup> Hauskontrollen beschneiden das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung.<sup>3)</sup> Wegen erheblicher Bedenken aus Datenschutzkreisen wurden zwar Änderungen angekündigt, jedoch erst zum Frühjahr 2005.

[12] Im zweiten Schritt verfügt der Staat dann über das so ermittelte Vermögen von Menschen (Sparkonten, Lebensversicherungen, Eigenheim und andere Wertsachen), die nichts dafür können, dass ihre Arbeitsplätze abgebaut wurden und dass es keine anderen gibt. Wir halten dies für eine verfassungsrechtlich bedenkliche Enteignungspolitik. Der so oft aus der Politik gehörte Aufruf an die Bürgerinnen und Bürger, eigenständig Vorsorge für das Alter und für einkommensschwache Zeiten zu schaffen, wirkt angesichts dieser Wegnahme heuchlerisch und unglaubwürdig.

[13] Nicht nur das Hartz-IV-Gesetz ist wegen seiner falschen Zielsetzung und unsozialen Wirkungen ein verfehelter Ansatz. Inzwischen hat sich gezeigt, dass auch die Ich-AG ein offensichtlich gescheiterter Lösungsversuch ist. Gerade veröffentlichte Untersuchungen haben gezeigt, dass in vielen Fällen gar keine neuen Arbeitsstellen entstanden sind, sondern Personen, die zuvor einen Arbeitsvertrag hatten, von ihren Unternehmen in diese Scheinselbstständigkeit gedrängt wurden und nun die gleiche Arbeit in anderer Rechtsform machen. Zudem scheint festzustehen, dass die meisten Ich-AG's nach Auslaufen der Förderung durch das Arbeitsamt aufgeben werden müssen.

### 3. Hintergründe

[14] Die Gründe für Gesetze wie das Hartz-Paket müssen daher in anderen Feldern gesucht werden. Unserer Überzeugung nach liegen sie

- im Streben dieser Bundesregierung (aber ebenso ihrer Vorgängerin), irgendwie Aktionismus im Arbeitsmarkt zu beweisen, da alle ihre Ankündigungen, die Arbeitslosenzahlen zu senken, kläglich gescheitert sind;
- in der einseitigen und sozialpolitisch verfehlten Ausrichtung der staatlichen Wirtschaftspolitik an angeblichen Sachzwängen, die sich aus der Globalisierung ergeben und denen die Regierung ausgeliefert sei. Tatsächlich lässt sich jedoch kein Zusammenhang zwischen Staats- und Sozialleistungsquote einerseits und wirtschaftlichem Wachstum und internationaler Wettbewerbsfähigkeit andererseits nachweisen;
- im Bestreben der politisch Handelnden, sich an den Interessen von Wirtschaftsverbänden, Unternehmen und Management auszurichten, die den Druck, den die Regierung auf die Arbeitslosen ausübt, gern aufgreifen und dazu nutzen, die Beschäftigten zu kostenloser Mehrarbeit, zu Lohneinbußen und zum Verzicht auf Arbeitnehmerrechte zu zwingen;
- im Anspruch dieser Regierung, weltweit eine politisch, wirtschaftlich und militärisch führende Rolle einzunehmen und somit die Voraussetzungen und die finanziellen Handlungsspielräume in diesen Feldern schaffen zu müssen. Deutschland will in den kommenden beiden Jahren den Verteidigungshaushalt auf mehr als 25 Mrd. € jährlich aufstocken und insgesamt bis zu 150 Mrd. € für die Umstrukturierung der Bundeswehr in eine weltweit einsetzbare Interventionsarmee und die Beschaffung geeigneter Rüstungsgüter investieren. Die Bekämpfung internationaler Konflikte muss jedoch durch Überwindung ihrer Ursachen erfolgen (Armut, Ausbeutung, Ungerechtigkeit, Diskriminierung), nicht durch militärische Gewalt.

[15] Diese Zielsetzungen Deutschlands sind deckungsgleich mit der derzeitigen Linie der Europäischen Union. Der jüngst vorgelegte EU-Verfassungsentwurf dokumentiert eine erschreckende militaristische Ausrichtung, z.B. durch ein Rüstungsgebot für alle Mitgliedstaaten, durch eine Selbstermächtigung zu weltweiten militärischen Interventionen, durch Kampfeinsätze „zur Wahrung der Werte der Union und im Dienste ihrer Interessen, durch die fehlende Ächtung des Krieges als politisches Instrument und den fehlenden Verzicht auf Massenvernichtungswaffen.“<sup>4)</sup>

[16] In den Planungen der deutschen Regierung und der EU<sup>5)</sup> wird bei genauer Betrachtung ein erbitterter Konkurrenzkampf der wichtigsten Industrienationen um Absatzmärkte und Rohstoffe erkennbar, verbunden mit dem Aufbau militärischer Fähigkeiten, um notfalls auch Kriege um die wirtschaftliche und politische Dominanz zu führen. Diesen Vorgaben folgend soll die Gesellschaft „optimiert“ werden, die Unternehmen müssen noch leistungsstärker und produktiver werden. Dazu müssen Löhne gesenkt, Arbeitnehmerrechte beschnitten, Steuern gesenkt und die Menschen daran gewöhnt werden, dass im Kampf um die Position auf dem Weltmarkt Rücksicht auf wirtschaftlich Schwache ein Standortnachteil ist.

[17] Daher sind auch die wirtschaftspolitischen Aussagen der EU-Verfassung eindeutig von neoliberalen Maßstäben geprägt. So wird beispielsweise eine „offene Marktwirtschaft mit freiem und unverfälschtem Wettbewerb“ proklamiert, während unser Grundgesetz keine Wirtschaftsform vorgibt und sich zu Deutschland als Sozialstaat bekennt. Auch eine Sozialpflichtigkeit des Eigentums kennt die EU-Verfassung nicht, dafür schreibt sie das neuartige Grundrecht der EU-Bürgerinnen und -Bürger auf „unternehmerische Freiheit“ fest.

[18] Besonders deutlich wird die einseitige Ausrichtung der EU-Verfassung im Bereich der Beschäftigungspolitik. Von konkreten Pflichten oder Maßnahmen des Staates oder der Unternehmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit findet sich nichts. Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird zur Auflage gemacht, sich nach dem Bedarf der Wirtschaft zu richten.

Unter diesem Blickwinkel übernimmt dann folgerichtig die EU die Verantwortung für die „Förderung ihrer Qualifizierung, Ausbildung und Anpassungsfähigkeit“.

#### 4. Bewertung

[19] Maßnahmen zulasten der wirtschaftlich Schwachen wie das Hartz-IV-Gesetz sind aus volkswirtschaftlicher, insbesondere konjunktureller Sicht verfehlt. Die Einkommenskürzungen bei Langzeitarbeitslosen werden unmittelbar zu Kaufkräfteinbußen führen und damit die Nachfrage und Beschäftigungslage auf dem Binnenmarkt weiter schwächen. Die geplante Senkung des Spitzensteuersatzes wird – abgesehen von der geradezu zynisch wirkenden Gleichzeitigkeit – dies nicht ausgleichen können. Besserverdienende verwenden zusätzliches Einkommen nicht zum weiteren Kauf von Konsumgütern, sondern zur Geldanlage, nicht selten in Steuersparmodellen.

[20] Aufgabe muss es daher sein, die Instrumente der Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik nachfrage- und beschäftigungsorientiert zu gestalten. Die Kaufkraft im Inland muss gesteigert werden. Einwohnerinnen und Einwohner müssen wieder Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung gewinnen. Ihre Konsumbereitschaft wird steigen, wenn sie erwarten können, dass ihre Arbeitsplätze und Einkommen wieder sicher sind.

[21] Wie die Außenhandelsstatistiken immer wieder dokumentieren, ist die deutsche Wirtschaft international wettbewerbsfähig. Derzeit ist Deutschland die exportstärkste Volkswirtschaft mit einem riesigen Außenhandelsüberschuss. Deutsche Unternehmen verfügen über eine hohe Produktivität bei unterdurchschnittlichen Lohnstückkosten. Forderungen nach Senkung der Kosten des Produktionsfaktors Arbeit sind daher wenig überzeugend und weisen eher auf eine Ausnutzung der schwierigen Arbeitsmarktlage durch die Unternehmen und ihre Verbände hin.

[22] Auch die Haushaltslage des Bundes stellt keine Rechtfertigung der Kürzungspolitik zulasten der wirtschaftlich Schwachen dar. Zunächst ist festzuhalten, dass der Staat durch Gesetze dieser und der vorhergehenden Regierung bewusst arm gemacht wurde (Abschaffung von Vermögen- und Gewerbesteuer, Kürzungen bei der Einkommensteuer – vor allem beim Spitzensteuersatz, Senkung der Körperschaftsteuer, Steuerfreiheit für Gewinne aus Unternehmensverkäufen). Diese Steuerminderung hat allein in den letzten drei Jahren zu Einnahmeausfällen von rund 50 Mrd. € geführt. Die effektive Besteuerung der Gewinne von Kapitalgesellschaften beträgt in Deutschland seit 2001 nur noch rund 10 %. Das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer hat sich von 1991 bis 2003 halbiert, dagegen ist das aus der Lohnsteuer im gleichen Zeitraum um 10 % gestiegen.

[23] Zudem bleibt es immer eine Frage des politischen Willens, für welchen Zweck Gelder bereit gestellt werden. Einige Beispiele verdeutlichen dies:

- Wenn die Einnahmen aus der Autobahnmaut nicht fließen, weil Technik und Verträge misslungen sind, so fängt der Bundeshaushalt das Defizit auf.
- Wenn der Eurofighter kontinuierlich um Milliarden teurer wird, so werden die fehlenden Mittel bewilligt (übrigens ein Rüstungsprojekt, das auch SPD und Grüne als überflüssig bezeichnet hatten, solange sie in der Opposition waren).
- Wenn die Steueramnestie nur einige Millionen statt etliche Milliarden Staatseinnahmen bringt, so wird der Bundeshaushalt angepasst.
- Wenn die Körperschaftssteuer und der Spitzensteuersatz gesenkt werden sollen, so ist das Geld verfügbar (im Jahre 2001 erhielten die Kapitalgesellschaften aufgrund der rot-grünen Steueränderung eine halbe Milliarde € mehr Körperschaftsteuer vom Staat zurück als sie zahlten).

## 5. Folgerungen

[24] Unsere Forderung ist daher eine weitgehende Umstellung der politischen Denk- und Handlungsansätze. Schwerpunkt und unabdingbare Voraussetzung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen muss die Schaffung, zumindest der Erhalt von regulären Arbeitsplätzen sein. Das Instrumentarium zur Verwirklichung einer solchen Option ist breit und in vielfältigen Publikationen beschrieben.<sup>6)</sup> Es fehlt der Bundesregierung jedoch offenkundig an der Einsicht und am Willen, ihre Zielsetzungen zu überprüfen und neue Handlungsschwerpunkte zu setzen.

[25] Bestandteile einer zweckgerichteten Politik müssen nicht nur neuartige Modelle der Arbeitsorganisation, der Erwerbsbedingungen und der Wirtschaftsförderungspolitik sein, sondern auch die Erschließung neuer Finanzierungsquellen (z.B. Steuern auf Vermögen und Finanztransaktionen, Reform und Ausweitung der Gewerbesteuer, Besteuerung nach Leistungsfähigkeit, Schließen von Steuerschlupflöchern sowie die Einbeziehung aller Einkunftsarten in die Finanzierung unseres Sozialsystems) oder der Ersatz der Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung durch andere Abgabeformen (z.B. eine Wertschöpfungsabgabe, da diese keinen Anreiz zur Personaleinsparung mehr bietet). Ein sinnvolles staatliches Investitionsprogramm würde Konjunktur und Beschäftigung fördern und gleichzeitig Mängel der öffentlichen Infrastruktur beseitigen.

[26] Der Protest gegen Gesetze zur Förderung des Sozialabbaus darf nicht den Betroffenen allein überlassen werden. Dies könnte nur zu leicht zu den bekannten Vorwürfen und Abwertungen führen, hier würden sich nur Menschen treffen, die versagt haben oder sich drücken wollen. Wir alle dürfen nicht tatenlos zusehen, wenn Politik und Wirtschaft das erfolgreiche Modell der sozialen Marktwirtschaft mit ihren sozialen Sicherungssystemen demontieren.

[27] Alle Personen und Institutionen, denen soziale Gerechtigkeit noch etwas gilt und die deren Bedeutung für den inneren und äußeren Frieden erkennen, sind aufgerufen, Solidarität mit den schwachen Mitgliedern unserer Gesellschaft zu beweisen, Mitverantwortung für eine gerechte Verteilung der vorhandenen Ressourcen zu übernehmen, sich dem Widerstand gegen Fehlentscheidungen anzuschließen und sich für menschenwürdige und wirksamere Lösungen einzusetzen.

---

<sup>1)</sup> Art 14 (2) GG: Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Art 20 (1) GG: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat.

<sup>2)</sup> Vom Bundesverfassungsgericht konstituiertes Recht des einzelnen, grundsätzlich selbst über Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen.

<sup>3)</sup> Artikel 13 des Grundgesetzes garantiert die Unverletzlichkeit der Wohnung.

<sup>4)</sup> Der Aachener Friedenspreis hat hiergegen am 23. April 2004 eingehend Stellung bezogen: „Gegen diese EU-Verfassung“. Resolution des Aachener Friedenspreises e.V. zum Entwurf einer Verfassung für Europa.

<sup>5)</sup> Das Ziel der Agenda 2010 beschrieb Kanzler Schröder so: „Wir müssen den Mut aufbringen, in unserem Land jetzt Veränderungen vorzunehmen, die notwendig sind, um wieder an die Spitze der wirtschaftlichen und der sozialen Entwicklung in Europa zu kommen.“ (Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 5/03, S. 616). Das Ziel der Lissabon-Strategie der Europäischen Union lautet, „die EU bis zum Jahre 2010 zur wachstumsstärksten entwickelten Volkswirtschaft der Welt zu machen.“ (FAZ vom 1.11.2004 S. 11).

<sup>6)</sup> Beispielhaft sei die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik erwähnt, die jährlich ihr ausführliches Memorandum zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen veröffentlicht.